

Bericht aus dem Grossen Gemeinderat Winterthur

Sitzung vom 30.08.2010

Abwägung von zwei Rechtsgütern – «Unschuldsvermutung» und «Schutz des Kindes» (2010/015)

Das Postulat «Schaffung der Rechtsgrundlage für Betretungsverbote für Straftäter» wurde von einer sehr grossen Mehrheit im Parlament überwiesen, da es um den Schutz von Kindern geht. Bei genauerem Betrachten der Vorlage muss aber festgestellt werden, dass es in der Formulierung einige Mängel gibt. Die Fraktion der Grünliberalen war in Bezug auf eine Überweisung in der vorliegenden Form eher zurückhaltend. Entsprechend wurden im Rat gegenüber dem Stadtrat die Bedenken ausführlich erläutert: Wenn man Betretungsverbote erlassen will, sollten die Straftaten klar eingegrenzt werden. Die verbotenen Gebiete sind möglichst kleinräumig zu wählen und klar zu definieren. Ebenso ist die Dauer eines Verbots möglichst kurz zu wählen. Es ist sicherzustellen, dass es nicht zu einer Vorverurteilung kommen kann. Wenn ein überwiegendes öffentliches Interesse ein Betretungsverbot bereits vor einer Verurteilung rechtfertigt, so ist dieses sehr zurückhaltend auszusprechen und darf allerhöchstens bis zum ersten nächstinstanzlichen Urteil gelten.

GLP nicht zufrieden mit der Stadtrats-Antwort bezüglich Blockheizkraftwerken (BHKW) (2007/029)

Nachdem schon die erste Antwort bezüglich Förderung von Blockheizkraftwerken unbefriedigend ausgefallen ist, kann auch der Ergänzungsbericht nicht als befriedigend entgegengenommen werden. Solange die Stadt auf einen hohen Anteil Atomenergie im Strommix setzt, ist als Referenz für fossil betriebene BHKW immer eine klimafreundlichere Variante vorhanden. Beat Meier betonte als Referent der Grünliberalen, dass der Endverbraucher Strommix in der Schweiz v.a. in den Wintermonaten erheblich mit CO₂ aus importiertem Kohle-Strom belastet ist, was bei der Strompolitik der Stadt Winterthur immer wieder ausgeblendet.

Mit Biogas oder Holz betriebene Wärme-Kraft-Koppelungen werden nicht abgelehnt, es wird aber auf die höheren Kosten und lufthygienische Aspekte verwiesen. Offensichtlich wird lieber Biogas als Treibstoff in normalen Heizungen eingesetzt als maximal auf eine höhere Veredelung durch Verstromung zu setzen. Der Wille, innovative neue Stromprodukte zu entwickeln, ist nicht erkennbar. Die Grünliberalen bleiben dran.

Weitere Geschäfte in Kürze

Verordnung über den Datenschutzbeauftragten in Kraft (2010/067): Die Grünliberalen stimmten der neuen Verordnung über den Datenschutzbeauftragten mit allen beantragten Änderungen der Aufsichtskommission zu. Die gutgeheissenen Änderungen der ursprünglichen Vorlage flossen durch Michael Zeugin von Seiten der Grünliberalen bereits in der Aufsichtskommission ein, wo sie Mehrheiten fanden und nun auch im Rat abgesegnet wurden. Damit ist nun eine wichtige Grundlage geschaffen, um dem Datenschutz in Winterthur das nötige Gewicht zu geben.

Keine Chance für das Postulat «öffnen der Busspuren für Motorräder» (2010/028): Weder aus ökologischer noch aus sicherheitspolitischer Sicht macht eine grundsätzliche Öffnung der Busspuren für Motorräder Sinn, weshalb die Referentin Annetta Steiner zusammen mit der grünliberalen Fraktion und einer Mehrheit im Rat dem Postulat eine Abfuhr erteilte.

Innovative Lösungen für die Erschliessung der Aussenwachen mit ÖV gefordert (2009/130): Da die Thematik der ÖV-Erschliessung von Stadel, Grundhof und Ricketwil seit Jahren ein Thema im Rat ist, welches nie zu einem Resultat führte, wird der Stadtrat per Motion aufgefordert, dem Rat sinnvolle und finanzierbare Lösungen zu präsentieren.

Grünes Licht für den Landkauf für den Schulhausneubau in Hegi (2010/018): Die Grünliberalen haben im Rat mehrmals kritisiert, dass die Stadtregierung nicht schon viel früher Land für ein Schulhaus im Entwicklungsgebiet Hegi reservierte. Da im Rat aber unbestritten war, dass ein Schulhaus in Hegi nötig ist, wurde dem teuren Landkauf an der Ida-Stäuli-Strasse zugestimmt.

Pragmatisches Vorgehen beim Ausbau des Glasfasernetzes der Stadt positiv zur Kenntnis genommen (09/089): Die Grünliberalen unterstützen den Ausbau des Glasfasernetzes in Winterthur. Dabei gilt es abzuwägen, was Aufgabe der öffentlichen Hand ist, also zur Grundversorgung gehören soll, und wo private Firmen die Aufgaben übernehmen sollen. Die Zusammenarbeit mit nur einer Firma (Swisscom) müsste allenfalls hinterfragt werden.

Abfuhr für das Postulat der Jugendmotion (10/006): Eine hitzige Diskussion mit offenem Schlagabtausch zwischen den ganz links und rechts sitzenden im Rat in Bezug auf Förderung von Jugendlichen in der Politik endete mit einem klaren «Nein» zum Postulat der Ratslinken. Die grünliberale Referentin Silvia Gigax befürwortet zwar die Förderung von JungpolitikerInnen, aber mit nur 40 Unterschriften für eine Motion würde es den Jugendlichen dann doch zu einfach gemacht.

Für weitere Fragen
Michael Zeugin (Fraktionspräsident)
Mobile 079 488 70 34; E-Mail michael.zeugin@grunliberale.ch

Information über die Grünliberalen
Grünliberale Partei Winterthur, E-Mail winterthur@grunliberale.ch <http://winterthur.grunliberale.ch>

Die Grünliberale Partei des Bezirks Winterthur wurde am 31. Oktober 2005 gegründet und steht für eine nachhaltige und lösungsorientierte Politik ein. Die Grünliberale Partei stellt in Winterthur für die Amtsperiode 2010-2014 drei Gemeinderätinnen und drei Gemeinderäte. Der Grünliberalen Fraktion im Grossen Gemeinderat gehört auch der Vertreter der Piraten Partei an.